

Sitzung des Kantonsrats

Zürcher Guantánamo-Signale

Nicht voreilig Aufnahme verneinen

Eine deutliche Mehrheit des kantonalzürcherischen Parlaments lehnt es ab, sich heute schon gegen eine allfällige Aufnahme von einzelnen ehemaligen Guantánamo-Gefangenen zu wehren.

brh. Das Thema Guantánamo dürfte zumindest vorläufig von der Traktandenliste des Kantonsrats gestrichen sein - nachdem sich schon manche darüber gewundert haben, seit wann sich die Zürcher Parlamentarier erstens mit Aussenpolitik und zweitens mit einer Anfrage vonseiten der USA beschäftigen, die noch gar nicht eingetroffen ist. Im Einklang mit dem Regierungsrat lehnte es nun am Montag eine deutliche Parlamentsmehrheit ab (113 Nein zu 56 Ja), heute schon in Bundesbern gegen eine allfällige Aufnahme ehemaliger, rehabilitierter Guantánamo-Häftlinge vorstellig zu werden. Diese Ablehnung geschah vor allem aus zwei Gründen: Man erachtete den Zeitpunkt für eine solche Intervention als verfrüht und erinnerte daran, dass es Sache der Bundesbehörde sei, über eine Aufnahme zu befinden - falls die USA dies tatsächlich wünschen sollten. Einige der Kantonsräte erwähnten zudem die humanitäre Tradition der Schweiz und die Verantwortung der Staatengemeinschaft.

Jetzt agieren statt später reagieren

Nur zwei Parteien setzten sich für die Überweisung des entsprechenden Postulats ein: die SVP und die EDU, die den Vorstoss auch eingereicht hatten. Vor einem Monat war es ihnen immerhin gelungen, exakt die notwendigen 60 Stimmen zu erhalten, die sie für die Dringlicherklärung des Postulats benötigten. Mitte Februar traf dann die Antwort des Regierungsrats ein, mit dem Antrag, das Postulat sei nicht zu überweisen: «Im heutigen Zeitpunkt ist es angesichts der vielen offenen Fragen verfrüht, sich zur Frage der Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen abschliessend zu äussern.» René Isler (svp., Winterthur) und Hans Egli (edu., Steinmaur) taten sich schwer mit der regierungsrätlichen Ablehnung ihres Postulats und den Begründungen dafür. Isler schimpfte am Montag über das Vorpreschen zweier Bundesrätinnen, die ein sicherheitspolitisch sehr bedenkliches Ansinnen geäussert hätten. Nach Auffassung Islers liegt die Verantwortung vollumfänglich bei den USA; diese hätten ein Problem verursacht und müssten es wieder lösen - ohne Hilfe der Schweiz. Und Egli doppelte nach, es sei eben heute schon ein Signal nach Bundesbern zu schicken, der Kanton Zürich dürfe nicht einfach abwarten, müsse jetzt agieren, nicht später reagieren.

Gute Dienste der Schweiz anbieten

Die beiden Votanten setzten sich nicht durch; der Rat schickt mit der Ablehnung des Postulats zwar durchaus ein Signal nach Bern, aber halt nicht im Sinne der SVP und der EDU. Sicherheitsdirektor

Hans Hollenstein (cvp.) wiederholte, worauf schon andere Redner hingewiesen hatten: Zunächst müssten in den USA rechtsstaatliche Verfahren zur Prüfung der Häftlingsschicksale durchgeführt werden. Dann komme es allenfalls zur Rehabilitierung von Gefangenen, und erst wenn diese nicht in den USA bleiben könnten oder wollten und die europäischen Staaten angefragt würden, einzelne Rehabilitierte aufzunehmen, habe der Bundesrat zu entscheiden. Renate Büchi (sp., Richterswil) hofft, dass allfällige Anfragen wohlwollend geprüft werden; es sei wichtig für die Schweiz, ihre Guten Dienste anzubieten. Und Hans-Peter Portmann (fdp., Thalwil) hält nichts davon, die Probleme rund um Guantánamo einfach auf andere abschieben zu wollen.

Weitere Berichte aus dem Kantonsrat Seite 47